



Juli 2026

Adrian Grasse, MdB

NEWSLETTER AUS DEM BUNDESTAG

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Steglitz-Zehlendorfer,**

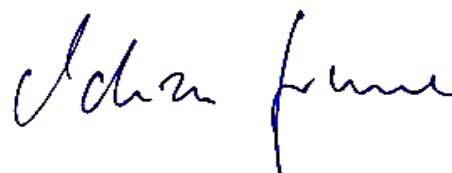
nachdem die Kommissionen zur Zukunft der Kranken- und Pflegeversicherung ihre Empfehlungen vorgelegt haben, liegen nun auch die Vorschläge zur Reform der Alterssicherung auf dem Tisch. Diese grundlegenden Strukturreformen sind dringend nötig und darüber besteht auch ein bemerkenswert breiter gesellschaftlicher Konsens. Kaum jemand bestreitet, dass wir unser Land schneller, effizienter und zukunftsfähiger machen müssen. Schwieriger wird es jedoch, sobald Reformen konkret werden. Dann beginnt häufig die Suche nach Ausnahmen. Jede Branche, jede Institution und jede Interessengruppe kann gute Gründe anführen, warum ausgerechnet sie von Veränderungen verschont bleiben sollte. Doch wenn jeder eine Ausnahme für sich beansprucht, bleibt am Ende alles beim Alten. Deshalb plädiere ich dafür, die erarbeiteten Vorschläge zeitnah umzusetzen. Deutschland kann den Reformstau nur überwinden, wenn wir das Gemeinwohl über Partikularinteressen stellen. Die eigentliche Herausforderung besteht deshalb nicht darin, die Notwendigkeit von Reformen zu erkennen, sondern den Mut aufzubringen, sie gemeinsam zu tragen.

Ein klares Signal hat der Koalitionsausschuss des Bundes mit seinem Beschluss gesetzt, Vergesellschaftungen privater Wohnungsbestände auf Landesebene auszuschließen. Gerade für Berlin ist diese Entscheidung von Bedeutung, denn die linksgrüne Enteignungsdebatte hat in der Hauptstadt über Jahre hinweg für Verunsicherung gesorgt und Investoren abgeschreckt. Wer Wohnraum schaffen will, braucht keine ideologischen Experimente, sondern Vertrauen, Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb ist es richtig, dass die unionsgeführte Bundesregierung jetzt Klarheit schafft und den Enteignungsfantasien von Linken und Grünen einen Riegel vorschiebt.

Ein weiteres wichtiges Thema, mit dem sich der Bundestag kürzlich befasst hat, ist die Zukunft der Organspende. Im Mittelpunkt der Debatte stand die sogenannte Widerspruchsregelung. Sie sieht vor, dass jede volljährige Person automatisch als Organspender gilt, sofern sie zu Lebzeiten nicht ausdrücklich widersprochen hat. Organspenden können Leben retten. Doch obwohl sich rund 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich für die Organspende aussprechen, warten in Deutschland mehr als 8.000 Menschen auf ein lebensrettendes Spenderorgan. Das eigentliche Problem scheint daher nicht die fehlende Bereitschaft zur Organspende zu sein, sondern dass viele Menschen ihre Entscheidung nie verbindlich dokumentieren. Genau hier müssen wir aus meiner Sicht ansetzen. Im Herbst plane ich eine Informationsveranstaltung, bei der mich auch Ihre Sichtweise auf das Thema interessieren würde.

In der kommenden Woche beginnt die sitzungsfreie Zeit. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien erholsame Sommerwochen und einen schönen Urlaub.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Adrian Grasse'.

Besuch der Internationalen Luft- und Raumfahrttausstellung (ILA)



Die Mitglieder der AG Forschung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten die Gelegenheit, die Internationale Luft- und Raumfahrttausstellung zu besuchen. Die ILA zählt zu den wichtigsten Luft- und Raumfahrtmessen Europas. Rund 750 Aussteller aus 37 Ländern haben in diesem Jahr auf dem Gelände des Berlin ExpoCenter Airport aktuelle Entwicklungen in den Bereichen Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Drohnentechnologie und nachhaltige Mobilität präsentiert.

Ein echtes Highlight war der Rundgang durch den Space Pavilion und das Treffen mit den ESA-Astronauten Alexander Gerst und Matthias Maurer. Die Raumfahrt ist ein strategisch wichtiges Forschungs- und Technologiefeld und deshalb auch in der Hightech Agenda Deutschland verankert. Sie schafft Innovationen mit vielfältigen Anwendungen für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft und trägt dazu bei, neue Wertschöpfung in Europa zu ermöglichen.

Gerade für die Region Berlin-Brandenburg ist die ILA ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Gleichzeitig bringt sie Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Investoren und politische Entscheidungsträger zusammen und stärkt so den Innovationsstandort Deutschland.



Plenarrede zur Reform des BAföG



© Parlamentsfernsehen

Anlässlich der Beratung eines Antrags der Linksfraktion zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) hielt Adrian Grasse im Plenum des Deutschen Bundestages bereits seine fünfte Rede für die CDU/CSU-Fraktion.

Er machte deutlich, dass Bildungs- und Aufstiegschancen in Deutschland nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen und das BAföG hierzu seit mehr als fünf Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag leistet. Gleichzeitig sei klar, dass eine Sozialleistung wie das BAföG zielgenau, gerecht und langfristig finanzierbar bleiben muss. Wer auf Unterstützung angewiesen ist, soll sie erhalten. Zugleich müssen Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft und Engagement auch in Zukunft zu einem gerechten Fördersystem gehören.

Deutschland bietet schon heute die Chance auf ein weit-

gehend gebührenfreies Hochschulstudium. Darüber hinaus eröffnen auch Stipendienprogramme vielen jungen Menschen zusätzliche Perspektiven.

Zum Abschluss der Debatte machte Adrian Grasse deutlich, dass der Antrag der Linken nicht mehr als ein wohlfeiles politisches Versprechen ohne tragfähige Grundlage bleibt. Beim BAföG braucht es keine Fantastereien, sondern eine verantwortungsvolle Politik, die soziale Unterstützung mit wirtschaftlicher Vernunft verbindet.

<https://www.bundestag.de/mediathek/video?videoid=7654145>

Ausstellungseröffnung Poster im Bundestag



Gemeinsam mit Andrea Lindholz, der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, hat Adrian Grasse als Schirmherr die Ausstellung „Poster im Bundestag: Wissenschaftsfreiheit – die Freiheit zu forschen“ eröffnet.

Noch bis zum 17. Juli präsentieren 44 Studentinnen und Studenten von 28 deutschen Hochschulen und Universitäten im Foyer des Paul-Löbe-Hauses ihre wissenschaftlichen Projekte zu aktuellen gesellschaftlichen, politischen, technologischen und ökologischen Fragestellungen. Die Beiträge wurden zuvor von einer unabhängigen Jury ausgewählt, darunter auch acht Projekte aus Berlin. „Poster im Bundestag“ ist eine Kooperation der Universität Oldenburg mit der Berlin University Alliance (BUA).

Bei der Eröffnungsfeier diskutierte Adrian Grasse gemeinsam mit Prof. Fatma Deniz, Präsidentin der Technischen Universität, und Prof. Ralph Bruder, Präsident der Ossietsky Universität Oldenburg, auf dem Podium

über die Bedeutung von Wissenschaftsfreiheit und studentischer Forschung.

Die Vielfalt der Projekte und das Engagement der Studentinnen und Studenten ist beeindruckend. Die Ausstellung im Bundestag bietet nicht nur spannende Einblicke in unterschiedliche Forschungsfelder, sondern macht studentische Forschung auch für ein breites Publikum sichtbar. Wer sich selbst ein Bild machen möchte, ist herzlich eingeladen: Der Eintritt zur Ausstellung ist frei.

https://www.bundestag.de/besuche/ausstellungen/pol_parl/poster-im-bundestag-1170454

Wissenschaftspolitisches Forum der Falling Walls Foundation



Beim wissenschaftspolitischen Forum der Falling Walls Foundation war Kai Wegner, Regierender Bürgermeister von Berlin, im Juni als Ehrengast vor Ort. Für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt spielen Wissenschaft, Forschung und Innovation eine zentrale Rolle.

Mit der Berlin University Alliance (BUA), der Charité – Universitätsmedizin Berlin, starken Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften sowie der Start-up Factory JUNI verfügt Berlin über eine starke und

leistungsfähige Wissenschaftslandschaft. Besonders die Gesundheitsforschung bietet große Chancen – sowohl für den medizinischen Fortschritt als auch als wichtiger Motor für Innovation, Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit. In der Diskussion ging es vor allem darum, wie dieses Potenzial durch verlässliche politische Rahmenbedingungen noch besser ausgeschöpft werden kann. Ein zentrales Ziel muss sein, Innovationen noch schneller in die Anwendung zu bringen. Hierfür braucht es weniger Bürokratie, Deregulierung, schnellere Genehmigungsverfahren, aber auch finanzielle Planbarkeit für Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Start-ups und Investoren.

Vor Ort beim Institut Berlin der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt



© PTB

Auf Einladung der Präsidentin der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), Prof. Dr. Cornelia Denz, sowie des Berliner Leiters, Prof. Dr. Tobias Schöffter, hat Adrian Grasse das Institut Berlin (IB) der PTB in Charlottenburg besucht.

Das IB ist durch seine unmittelbare Nähe zu den Berli-

ner Universitäten und durch vielfältige Kooperationen mit Forschungspartnern (Charité, Max-Delbrück-Zentrum, Fraunhofer Institute) ein bedeutender Teil der Berliner Wissenschaftslandschaft. Es beherbergt den historischen Ursprung der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR), die 1887 auf Initiative von Werner von Siemens und Hermann von Helmholtz gegründet wurde.

Heute sind am IB zwei der neun Fachabteilungen zur wissenschaftlichen Messtechnik (Metrologie) untergebracht. Dort arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Gebieten der Temperatur und Physik mit Synchrotronstrahlung bzw. Medizinphysik und Informationstechnik.

Im Mittelpunkt des Besuchs standen Einblicke in die Quantentechnologieforschung, insbesondere in den Reinraum zur Entwicklung supraleitender Quantensensoren sowie in Projekte zur Hochfeld-MRT und Niedrigfeld-NMR.

<https://www.ptb.de/cms/>

5 Jahre „Berlin gegen Antisemitismus“



Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der Initiative „Berlin gegen Antisemitismus“ fand eine Jubiläumsveranstaltung im AXICA Kongress- und Tagungszentrum statt. Rund 200 Gäste aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, jüdischen Gemeinden und Politik setzten ein sichtbares Zeichen gegen Antisemitismus in Berlin.

Seit fünf Jahren engagiert sich die Initiative gegen Juden Hass und für ein respektvolles Miteinander in unserer Stadt. Zum Jubiläum bindet sie zusätzliche Netzwerke, Institutionen sowie Partner aus Wirtschaft und Verbänden ein.

In seiner Rede unterstrich Joe Kaeser, Aufsichtsratsvorsitzender von Siemens Energy & Daimler Truck, dass

„Nie wieder“ nicht nur eine aktuelle Mahnung, sondern ein dauerhafter Auftrag sei. Demokratie, Freiheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt müssten jeden Tag neu verteidigt werden, und auch Unternehmen seien gefordert, klar Haltung zu zeigen. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung gilt: Antisemitismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Jüdisches Leben zu schützen und sichtbar zu unterstützen, bleibt eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Initiativen wie „Berlin gegen Antisemitismus“ leisten dazu einen wichtigen Beitrag.



<https://www.berlin-partner.de/presse/detail/5-jahre-berlin-gegen-antisemitismus>

Austausch zur Innovationspolitik mit acatech-Präsident Prof. Dr. Siegfried Russwurm

Seit dem 1. April 2026 hat Prof. Dr.-Ing. Siegfried Russwurm die Präsidentschaft der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech) übernommen. Nun war er zu Gast in der AG Forschung der CDU/CSU-Fraktion. Im Austausch mit den Mitgliedern der CDU/CSU-Frak-

tion ging es vor allem darum, wie sich Deutschlands Innovationskraft durch bessere Rahmenbedingungen für Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern lässt.

acatech steht beispielhaft für den engen Schulter-schluss von Wissenschaft und Wirtschaft. Mit seiner langjährigen Erfahrung verkörpert Prof. Dr. Russwurm wie kaum ein anderer die enge Verbindung von Forschung, Technologie und Unternehmertum.

Innovation entsteht dort, wo exzellente Forschung, unternehmerischer Mut und die Umsetzung neuer Ideen zusammenkommen. Wenn Deutschland Innovationsstandort bleiben will, muss der Transfer von Forschungsergebnissen weiter beschleunigt werden. Genau dafür setzen wir als Union mit dem Innovationsfreiheitsgesetz die richtigen Rahmenbedingungen.



<https://www.acatech.de/>

Besuch beim Bundesarchiv in Lichterfelde



Auf Einladung von Prof. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, informierten sich Adrian Grasse und Jens Hoffmann, Vorsitzender der CDU Lichterfelde und Kandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus, am Standort des Bundesarchivs in der Finckensteinallee über die Arbeit der Einrichtung.

Bei einer Führung über das Gelände erhielten beide spannende Einblicke in die Geschichte dieses besonderen Ortes: von der Preußischen Hauptkadettenanstalt über die Zeit des Nationalsozialismus und die Nutzung als „Andrews Barracks“ durch die US-Streitkräfte bis hin zur heutigen größten Dienststelle des Bundesarchivs.

Rund 320 Mitarbeiter betreuen in Lichterfelde mehr als 100 Kilometer Aktenbestände, darunter bedeutende Dokumente aus der Zeit des Deutschen Reiches und der DDR. Bundesweit verwahrt das Bundesarchiv rund 540 Kilometer Archivgut und digitalisiert jährlich mehr als 20 Millionen Objekte. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag, historische Quellen für Forschung und Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Welche enorme technische Leistung hinter der Sicherung unseres historischen Gedächtnisses steht, hat der Blick auf die Server- und Speicherinfrastruktur verdeutlicht.

Gerade aktuell zeigt die hohe Nachfrage nach den Online-Rechercheangeboten von ZEIT und Spiegel, wie groß das Interesse an der NSDAP-Mitgliederkartei und der eigenen Familiengeschichte ist. Im Bundesarchiv in Lichterfelde sind die Originalakten frei zugänglich. Ein Besuch lohnt sich.



<https://www.bundesarchiv.de/das-bundesarchiv/standorte/berlin-lichterfelde/>

Neue Wohnungen auf dem Gelände des ehemaligen Tanklagers in Lankwitz



Gute Nachrichten für Steglitz-Zehlendorf: Die Senatskommission hat den Weg dafür freigemacht, dass auf dem Gelände des ehemaligen Tanklagers in Lankwitz, ein gemischt genutztes Quartier mit 60 % Wohnen und 40 % gewerblicher Daseinsvorsorge entstehen kann.

Gemeinsam mit dem CDU-Abgeordneten für Lankwitz, Marco Hahnfeld, dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister Tim Richter und Bezirksstadtrat Patrick Steinhoff

hat sich Adrian Grasse vor Ort über die Perspektiven des Standorts ausgetauscht.

Das direkt am Teltowkanal gelegene Gelände bietet erhebliches Potenzial. Statt einer monofunktionalen Nutzung soll am Standort nun ein zukunftsfähiges Quartier mit Wohnraum, Nahversorgung, Dienstleistungen und Angeboten des täglichen Bedarfs entstehen.

Das ehemalige Tanklager ermöglicht zudem eine integrierte Stadtentwicklung auf einer großen zusammenhängenden Fläche, die sich an den Bedürfnissen der Menschen vor Ort orientiert.

Nun gilt es, die nächsten Schritte zügig umzusetzen. Dazu zählen die Schaffung des Planungsrechts sowie die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung eines Quartiers, das Lankwitz nachhaltig stärkt.

<https://www.morgenpost.de/bezirke/steglitz-zehlendorf/article412222985/tanklager-berlin-lankwitz-so-sieht-der-kompromiss-zwischen-gewerbe-und-wohnungsbau-aus.html>

Austausch mit dem Direktor des AlliiertenMuseums in Zehlendorf



Zusammen mit Dr. Ottilie Klein, Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien, sowie Christoph Wegener, dem Vorsitzenden der CDU Dahlem und Kandidaten für das Berliner Abgeordnetenhaus, hat sich Adrian Grasse am Standort des AlliiertenMuseums in der Clayallee in Zehlendorf mit dem Direktor,

Dr. Jürgen Lillteicher, ausgetauscht.

Das AlliiertenMuseum im ehemaligen US-Sektor hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Verdienste der Westalliierten für Berlin und Deutschland zu würdigen und die Bedeutung von Freiheit, Demokratie und internationaler Zusammenarbeit als Garanten für dauerhaften Frieden zu vermitteln. Neben zahlreichen Veranstaltungen und Bildungsangeboten zeigt die Dauerausstellung die Geschichte der Westmächte in Berlin nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Bund unterstützt das AlliiertenMuseum aufgrund seiner herausragenden kulturellen und zeitgeschichtlichen Bedeutung. Nun gilt es, den traditionsreichen Standort in Steglitz-Zehlendorf weiter zu sanieren und zu modernisieren.

<https://www.alliiertenmuseum.de/>



Der israelische Botschafter als Ehrengast bei der traditionellen Maibowle



Auf Einladung mehrerer CDU-Ortsverbände in Steglitz-Zehlendorf nahm Ron Prosor, der Botschafter des Staates Israel in Deutschland, als Ehrengast an der traditionellen Maibowle im Berliner Yacht-Club am Wannsee teil. In seinem Grußwort ging er nicht nur auf die aktuellen Entwicklungen ein, sondern unterstrich auch die Bedeutung der deutsch-israelischen Freundschaft. Dabei machte er auch deutlich, wie wichtig es ist, gemeinsam klar gegen Antisemitismus einzutreten und ein Zeichen für Zusammenhalt und Solidarität zu setzen.

Ein besonderer Dank ging an diesem Abend auch an Oliver Friederici, der sich fast drei Jahrzehnte lang als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die CDU Lankwitz und zuletzt als Staatssekretär in der Kulturverwaltung engagiert hat, für die freundschaftliche Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren.

Gesprächsabend mit MdB Johannes Volkmann im Gutshaus Steglitz

Auf Einladung der CDU-Ortsverbände Lankwitz, Lilienthal und Zehlendorf-Mitte fand im gut besuchten Gutshaus Steglitz eine Diskussionsveranstaltung mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Johannes Volkmann statt. Der Enkel des früheren Bundeskanzlers Helmut Kohl sitzt seit März 2025 als direkt gewähltes Mitglied im Bundestag und hat sich bereits als profilierter Nachwuchspolitiker etabliert. Johannes Volkmann gehört sowohl der Jungen

Gruppe als auch der „Gruppe 25“ des Bundestages an. An seinem klaren Willen, Verantwortung zu übernehmen und notwendige Reformen voranzubringen, ließ er auch an diesem Abend keinen Zweifel.

Unter der Moderation des Vorsitzenden der CDU Lankwitz, Marco Hahnfeld, stellte sich Johannes Volkmann den Fragen der Mitglieder. Dabei ging es neben den großen außenpolitischen Herausforderungen unserer Zeit wie den Beziehungen zu China und den USA, neuen Handelsabkommen sowie der Rolle Deutschlands im internationalen Kontext auch um innenpolitische Themen wie die Zukunft der Rentenversicherung. Es war ein rundum gelungener Abend, der trotz der bevorstehenden Herausforderungen am Ende zuversichtlich gestimmt hat.



Eröffnung des „Supermarktes der Zukunft“ in Lankwitz



Mit dem neuen REWE Green Farming Markt ist in Steglitz-Zehlendorf ein Vorzeigeprojekt für nachhaltige Stadtentwicklung und urbane Landwirtschaft entstanden. Auf rund 2.800 Quadratmetern über dem Supermarkt wurde Berlins größte Dachfarm errichtet. Künftig werden hier jährlich bis zu 900.000 Salatmischungen für die Haupt-

stadtregion produziert – regional, nachhaltig und mit kurzen Lieferwegen. Bei der Eröffnung wurde das Konzept, bei dem Holzbauweise, Dachbegrünung, Photovoltaik, Regenwassernutzung und moderne Lebensmittelproduktion beispielhaft ineinandergreifen, vorgestellt.

Das Projekt zeigt zugleich, welches Potenzial die Dächer der Hauptstadt bieten. Statt ungenutzter Flächen brauchen wir mehr intelligente Dachnutzung für Energiegewinnung, Begrünung, Urban Farming und dort, wo es möglich ist, auch für zusätzlichen Wohnraum.

Wer unser Land zukunftsfähig machen will, muss auf Innovation statt auf Verbote setzen und eine Stadtentwicklung fördern, die Klimaschutz, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Vernunft miteinander verbindet.



<https://mediacenter.rewe.de/pressemitteilungen/rewe-er%C3%B6ffnet-green-farming-markt-in-berlin-linkwitz>

Feierliche Eröffnung der Ronnebypromenade am Wannsee

Nach längerer Bauzeit war es endlich so weit: Die Ronnebypromenade am Wannsee in Steglitz-Zehlendorf konnte feierlich wiedereröffnet werden. Mit der umfassenden Neugestaltung ist ein moderner und attraktiver Uferpark entstanden. Dabei wurde die historisch gewachsene Anlage erhalten und gleichzeitig ein vielseitiger Ort für Erholung, Begegnung und Tourismus geschaffen.

Ein echtes architektonisches Highlight ist die geschwungene Hafentreppe mit ihren Sitzstufen und dem Blick über den Großen Wannsee. Sie führt direkt zum Hafenplatz an der weitläufigen Promenade, die die fünf Stege der Fahrgastschiffe und die der BVG-Fähre verbindet. Am anderen Ende der Promenade steht nun außerdem ein neuer Steg für kleine Sportboote zur Verfügung.

Die Promenade trägt ihren Namen nach der schwedischen Stadt Ronneby, mit der Steglitz-Zehlendorf seit inzwischen 50 Jahren eine Städtepartnerschaft verbindet. Finanziert wurde das Projekt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) mit Bundesmitteln und Mitteln des Landes Berlin.

Mit der neuen Ronnebypromenade gewinnt der Bezirk einen ökologisch aufgewerteten und attraktiven Erholungsraum direkt am Wasser zurück. Gemeinsam mit Stephan Standfuß, dem CDU-Abgeordneten für den Wahlkreis 7 im Berliner Abgeordnetenhaus, und mehreren Bezirksverordneten war Adrian Grasse bei der feierlichen Eröffnung dabei.



<https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1674806.php>

Austausch mit der THW-Landesbeauftragten Dr. Monika Lücke

Gemeinsam mit Bezirksstadtrat Patrick Steinhoff und dem Bezirksverordnetenvorsteher von Steglitz-Zehlendorf, René Rögner Francke, hat sich Adrian Grasse im Bundestag mit Dr. Monika Lücke, der Leiterin des THW-Landesverbandes Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, getroffen.

Als ehrenamtlich getragene Einsatzorganisation des Bundes steht das Technische Hilfswerk (THW) den Bürgerinnen und Bürgern in Notlagen mit Technik und Know-how zur Seite. Wie wichtig diese Unterstützung ist, hat nicht zuletzt der großflächige Stromausfall im Berliner Südwesten zu Beginn des Jahres gezeigt. Über 1.000 THW-Kräfte aus dem Landesverband waren damals über Tage unermüdlich im Einsatz, um den Betroffenen zu helfen.

Eine wichtige Rolle spielte dabei der THW-Ortsverband Berlin Steglitz-Zehlendorf. Er wurde 1952 gegründet und ist seit Jahr-

zehnten fest im Berliner Bevölkerungsschutz verankert. Sein Standort befindet sich in der Gallwitzstraße auf dem historischen Kasernengelände in Lankwitz.

Im Gespräch mit Frau Dr. Lücke hat sich Adrian Grasse für das große Engagement des THW bedankt und sich zugleich über aktuelle Herausforderungen und die zukünftige Entwicklung des THW ausgetauscht.



<https://thw-steglitz.de/unser-ortsverband/standort>

Mit dem Parlamentarischen- Patenschafts-Programm (PPP) für ein Jahr in die USA

Auch in diesem Jahr vergibt der Deutsche Bundestag wieder Stipendien für ein Austauschjahr in den USA. Seit 1983 ermöglicht das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen einen einjährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten. Die Teilnehmer leben in einer amerikanischen Gastfamilie, besuchen eine Schule oder absolvieren ein College bzw. Praktikum und gewinnen wertvolle persönliche, sprachliche und interkulturelle Erfahrungen. Das Programm richtet sich an junge, engagierte Menschen mit Interesse an den USA sowie an gesellschaftlichen und politischen Themen.

Im vergangenen Jahr durfte Adrian Grasse aus zahlreichen Bewerbungen aus seinem Wahlkreis bereits Hannah Rosalie Bethge von der John-F.-Kennedy-Schule in Zehlendorf als Stipendiatin auswählen und ihr die erfreuliche Nachricht überbringen. Für sie geht es in diesem Jahr über den großen Teich.

Für den Programmjahrgang 2027/28 endet die Bewerbungsfrist am 11. September 2026. Die Bewerbung er-

folgt über die zuständige Austauschorganisation. Weitere Informationen:

https://www.bundestag.de/europa_internationales/ppp



Kontakt:

Adrian Grasse, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227 75460
E-Mail: adrian.grasse@bundestag.de